

Wochenblatt

für Schopau und Umgegend.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Föbha, sowie für das Königl. Gerichtsam und den Stadtrath zu Schopau.

47. Jahrgang.

Dienstag den 4. März.

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh.
Stetigjähriger Abonnementspreis bei Abholung in der Expedition
1 R., bei Zustellung durch den Boten 1,15 R.

Inserate von 3 Zeilen an die gespaltene Zeile 8 Pf.
Annahme derselben längstens bis Mittag 12 Uhr des dem Tage des
Erscheinens jedesmal vorhergehenden Tages.

Die Aufgaben des jetzigen Reichstags.

II.

Eine weitere Aufgabe des Reichstags bestand in der Genehmigung des neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrags, die inzwischen bereits erfolgt ist. Wir sagen, in der Genehmigung des Vertrags; denn etwas Anderes, ein verneinendes oder abänderndes Ergebnis konnte ja trotz langen viertägigen Debattirens nicht herauspringen bei der Zwangslage, in der der Reichstag, in der Deutschland sich in dieser Sache befindet. Die Debatten drehten sich denn auch zum größeren Theile weniger um den Vertrag selbst, als um die große Tagesfrage „Freihandel oder Schutzzoll!“ Als Provisorium, als Nothvertrag für das Jahr 1879 können wir uns das neue Abkommen schon gefallen lassen. Die Uebelheiten und Nachteile, die der Vertrag für Deutschland enthält (und die wir in einem eingehenden Artikel bereits dargelegt haben — in Betreff des Veredlungsverkehrs, des Nothleinenverkehrs u. s. w.), wurden im Reichstage von verschiedenen Seiten aufgestochen. Einer dieser Nachteile wurde sogar Gegenstand einer besonderen Resolution, welche die Rechte der deutschen Gläubiger österreichischer Eisenbahnen wenigstens bei künftigen Vertragsabschlüssen gewahrt wissen wollte. Diese Erklärung, vom Abg. v. Stauffenberg beantragt, wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem die Regierung sich zustimmend geäußert hatte. An der Gültigkeit der betreffenden Bestimmung im Vertrage selbst ändert das nichts; zum Glück dauert sein Regiment nicht lange.

Im Anschluß hieran wurde auch der Weltpostvertrag nach einer von allgemeinem Beifall begleiteten Darlegung des Generalpostmeisters Stephan angenommen. Die Bemühungen dieses Mannes um die Verwirklichung des ebenso großen und schönen, als gesunden und praktischen Gedankens der Weltpost, um die Erweiterung und Befestigung des allgemeinen Postvereins mit seinen spottbilligen Brief- und Päcktagen, mit seinen großen Erleichterungen des Verkehrs zwischen den entferntesten Ländern der Erde verdienen gewiß auch mit Dank begrüßt und unterstützt zu werden.

Das Reichsgesundheitsamt, das übrigens in einer erfreulichen Fortentwicklung und Verstärkung begriffen ist, hat einen neuen Gesetzentwurf über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vorgelegt, der vom Reichstag einer Commission überwiesen worden ist. Eine Vorlage dieser Art beschäftigte bereits die vorvorige Reichstagsession; ihr Zustandekommen scheiterte an allerlei Meinungsverschiedenheiten. Nachdem wir inzwischen neue Erfahrungen gesammelt, die Ansichten und Wünsche sich geklärt haben, dürfte die Verständigung über den Entwurf keinen allzu großen Schwierigkeiten begegnen. In das Gebiet des Reichsgesundheitsamtes fallen auch die Bestrebungen zur Bekämpfung der vom Osten Europa's her drohenden Pest. Die Entsendung einer Fachcommission nach dem Herd der Seuche und die schleunigst ergriffenen Sperrmaßregeln an der Grenze, die ja freilich auch leidige Verkehrsbehinderungen mit sich führen, können der Zustimmung des Reichstags, der sich demnächst mit der Sache beschäftigen wird, sicher sein.

Dem Reichstage sind ferner einige kleinere Nachtragsgesetze zu der großen Gruppe der Justizgesetze zugegangen (die ja bekanntlich am

1. October d. J. im gesammten Reiche in Kraft treten und die glücklich errungene Rechtseinheit des deutschen Volkes verkörpern werden). Darunter befindet sich namentlich der Entwurf einer Gebührenordnung für die Rechtsanwälte. Die darin aufgestellten Gebührensätze sind in den betheiligten Preisen mehrfach auf lebhaften Widerspruch gestoßen. Ein gegenwärtig in Berlin tagender deutscher Anwaltscongreß ist lediglich zu dem Zwecke zusammengetreten, um Stellung zu dem Entwurf zu nehmen. Die betreffende Commission des Reichstags, in der der Anwaltsstand gleichfalls vertreten ist, wird die Wünsche und Beschwerden der Herren, soweit sie vom allgemeinen Standpunkt aus gerechtfertigt erscheinen, gewiß berücksichtigen, und es wird hoffentlich nicht langer Kämpfe bedürfen, um auch dieses nothwendige Ergänzungstück der Justizreform unter Dach zu bringen.

Schwieriger und stürmischer wird sich die Beratung einer Reihe anderer Gesetzentwürfe gestalten, die dem jetzigen Reichstage seine besondere Signatur auftragen werden und theils schon vorliegen (Strafgewaltsentwurf), theils erst in der Vorbereitung und Ausarbeitung begriffen sind (Steuer- und Zollreformvorlagen). Davon noch in einem besonderen Schlussartikel.

Wochenschau.

Die Zolltarifcommission des Bundesraths hat in der vergangenen Woche mit voller Dampfkraft gearbeitet, und ist so ziemlich über den Berg gekommen, nachdem sie sowohl den Antrag auf Einführung von Getreide- und Viehzöllen als den auf Wiederaufnahme der Eisenzölle angenommen hat. Der erstere dürfte im Reichstage weit mehr Widerstand finden, als der letztere, wengleich auch dieser in Betreff der vorgeschlagenen Zollsätze (50 Pf. für den Centner Roheisen, 1 Mark für Eisenbahnschienen, 1 Mark 50 Pf. für Stabeisen) lebhafter Einsprache begegnen wird.

Der Reichstag beschäftigte sich außer mit dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage, der angenommen wurde, namentlich mit noch einigen Anträgen zur positiven Hilfsfähigkeit auf socialen Gebieten. Eine Anregung des Abg. v. Hertling bezüglich der Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf alle mit besonderer Gefahr verbundene Gewerbebetriebe rief eine sehr lebhafte Debatte hervor, in welche jedoch der Vertreter der Regierung, Reichsanzleramts-Präsident Hofmann, nur sehr laß eingriff. Derselbe begegnete der ziemlich allgemeinen Forderung der Ausdehnung der Haftpflicht — die der Abg. Bebel freilich gar zu weit, auf alle Gewerbebetriebe ohne Ausnahme, erstreckt wissen wollte — mit dem Bemerkten, daß die Regierung mit ihrem Urtheil noch nicht fertig sei, einen Entwurf für diese Session noch nicht versprechen könne. Auch der Antrag des Abg. Stumm auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Einführung von Altersversorgungs- und Invaliden-Cassen für Arbeiter fand in seinem Kerne allgemeine Billigung. Nur wurden von liberaler Seite die vom Antragsteller vorgeschlagenen Zwangscassen (nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftscassen) verworfen und lediglich die gesetzliche Regelung und Förderung frei zu bildender Altersversorgungsstellen beansprucht. Auch der Minister Hofmann sprach sich dahin aus, daß wenigstens erst ein Versuch auf dem Wege der Freiwilligkeit gemacht werden sollte. Sowohl ein hierauf abzielender Antrag als der Antrag wurden einer

Commission überwiesen. — Der Abg. Thilenius beabsichtigt mit einer Interpellation über die Pestgefahr vorzugehen, die nach neueren Nachrichten bereits in Petersburg aufzutreten scheint. Amtliche Nachrichten von dort stellen das in Rede und lassen den betreffenden Kranken nur an der Syphilis leiden. Nun, wir wollen das Beste hoffen, es aber an den strengsten Vorsichtsmaßregeln nicht fehlen lassen: in Rußland versteht man das Vertuschen besser als anderwärts. — In Oesterreich ist das neue, mit Ach und Krach gebildete Ministerium Stromayr-Taaffe mit Erklärungen vor den Reichsrath getreten, die wie Entschuldigungen klingen und deutlich erkennen lassen, daß sich das neue Cabinet selbst nicht sicher fühlt und sich nur als Lückenbüßer und Nothnagel ansieht. — Dagegen sitzt das neue französische Ministerium vorläufig noch fest im Sattel und hält, gestützt auf den Beistand Grevy's und Gambetta's, dem Anstürmen der Radicals energisch Stand. Es hat das von ihm vorgeschlagene eingeschränkte Amnestiegesetz durchgesetzt (die allgemeine Amnestie der Communards abgewehrt) und wird wohl auch die von den Heißspornen verlangte gerichtliche Verfolgung der kirchlichen Minister vom 16. Mai hintanzuhalten wissen. Besteht es auch diese Kraftprobe noch, dann dürfte der Bestand der gemäßigten Republik auf längere Zeit gesichert sein. Zulu holt sich inzwischen seine Vorbeeren bei den Zulu's; glückliche Reise!

Oertliches und Sächsisches.

Bei der hiesigen Sparcasse wurden im Monat Februar 287 Einzahlungen im Betrag von 29 003 M. 39 Pf. gemacht, dagegen erfolgten 175 Rückzahlungen im Betrag von 19 116 M. 94 Pf.

Bei dem bedeutenden Bahnverkehr, welcher von hier nach und über Chemnitz stattfindet, versehen wir nicht, die Aufmerksamkeit des reisenden Publikums auf das im Verlage der Brunner'schen Buchhandlung (Martin Witz) in Chemnitz erschienene „Chemnitzer Taschen-Fahrplanbuch“ zu lenken, das sich durch practisches Format und gefällige Ausstattung auszeichnet und außer den Ankunfts- und Abgangszeiten aller in Chemnitz einmündenden Linien ein Verzeichniß der auf dem dortigen Bahnhofe zur Ausgabe gelangenden directen Billets und der Billetpreise von dort nach einer großen Anzahl von Stationen und Haltestellen nebst Chemnitzer Droschkentarif und localen Angaben enthält.

Am 24. dieses Monats und folgende Tage findet eine abermalige Auslosung von Königl. Sächsischen Staatspapieren statt, von welcher die 3% Anleihe v. J. 1830, die 4% Anleihe v. J. 1847, die 3% Anleihe v. J. 1855 und die auf den Staat übergegangene 4% sächs.-schlesische Eisenbahn-Actienschuld betroffen werden. Die Inhaber von Werthpapieren dieser Anleihen werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Leipziger Zeitung, dem Dresdner Journal und dem Dresdner Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämmtlichen Bezirkssteuer-Einnahmen und Gemeindevorständen des Landes zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden. Mit diesen Listen werden zugleich die in früheren Terminen ausgelosten, aber noch nicht abgehobenen Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider beweist, wie viele Interessenten zu ihrem Schaden die Auslosungen übersehen. Es können dieselben nicht genug davor gewarnt werden, sich nicht dem